



Beliebte Adresse für Schlepper: Afrikaner am Hauptbahnhof in Milano.



«Kleinlich»: Justizministerin Sommaruga.

Kreativer Umgang mit der Wahrheit

Italien verweigert faktisch die Rückübernahme von Asylbewerbern. Noch im Juni lobte Bundesrätin Simonetta Sommaruga den südlichen Nachbarn als «lösungsorientierten Partnerstaat». Inzwischen lässt sich das Dublin-Lügenreich nicht mehr aufrechterhalten. *Von Peter Keller*

Wer in Milano Centrale umsteigt, muss etwas Geduld mitbringen. Nicht nur wegen der Verspätungen, auch die Perronnummern werden erst kurz vor Abfahrt der Züge bekanntgegeben. So versammeln sich vor diversen Bildschirmen ganze Trauben von Reisenden, um den gewünschten Anschluss in Erfahrung zu bringen. Auch ich wartete Ende Juli auf meine Verbindung in Richtung Tessin. Just im Moment, als auf der Anzeige die Perronnummer aufleuchtete, tippte eine Hand auf den Bildschirm. Der Mann trug eine Umhängetasche, dicht bei ihm standen zwei kleine, hagere Schwarzafrikaner.

Offensichtlich hatte das ungleiche Trio dasselbe Reiseziel wie ich. Vor einem der Waggons blieben die Männer schliesslich stehen. Der Anführer drückte seinen Begleitern je ein Bahnticket in die Hand und schien letzte Anweisungen zu geben. Die zwei Schwarzafrikaner nickten und traten ein. Ein paar Minuten später setzte sich der Regionalzug in Bewegung. Nach einigen Zwischenhalten auf italienischem Staatsgebiet überquerten wir ohne Kontrolle die Grenze und hielten in Chiasso. Die beiden Afrikaner stiegen aus, liefen dem Geleise entlang, wo sie von Schweizer Grenzpolizisten in Empfang genommen wurden.

Wie sich später zeigte, stammen die beiden Asylbewerber aus Eritrea. Sie sind ins Tessin eingereist, ohne in Italien registriert worden zu sein. Damit entfällt auch die Möglichkeit einer

Rückübernahme, wie sie der Dublin-Vertrag vorsieht. Was sich an diesem frühen Sommerabend abspielte, ist kein Einzelfall. Allein Chiasso verzeichnete im letzten Jahr 3998 Gesuche von Asylbewerbern. Nicht wenige davon reisten bequem und organisiert mit dem Zug in die Schweiz ein – und sie können auf eine dauerhafte Aufnahme hoffen. Überstellungen nach Italien sind praktisch zum Erliegen gekommen, wie die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) am vergangenen Montag erstmals im Parlament zugab.

Panik im Bundesamt für Migration

Auslöser war ein Vorstoss der Berner SVP-Nationalrätin Nadja Pieren in der Fragestunde. Sie wollte von der Justizministerin wissen, ob das Dublin-Abkommen überhaupt noch funktioniert, nachdem medial bekanntgeworden war, dass Italien nur mehr einen Teil der ankommenden Flüchtlinge in die zentrale Fingerabdruck-Datenbank Eurodac, das Herzstück des Dublin-Systems, einträgt. Pierens Frage löste im Bundesamt für Migration (BfM) einige Panik aus: Denn bis dato wurde von offizieller Seite die Zusammenarbeit mit Italien stets gelobt – entgegen allen Fakten.

Bereits in der Sommersession äusserte Nationalrat Heinz Brand (SVP) den Verdacht, dass der südliche Nachbar die übers Mittelmeer anlandenden Personen nicht korrekt erfasse und

diese deshalb nicht mittels Dublin-Abkommen rücküberführt werden könnten. Sommaruga bestritt «einen direkten Zusammenhang zwischen der Anzahl der Anlandungen und der Anzahl der Dublin-Verfahren mit Italien». Man sei zwar in Kontakt mit den italienischen Behörden, es sei aber festzuhalten, dass die Zusammenarbeit «mit unserem wichtigsten Dublin-Partnerstaat» insgesamt «gut und lösungsorientiert» verlaufe. Ein zumindest kreativer Umgang mit der Wahrheit.

Die Dublin-Fassade bröckelt schon länger, was Simonetta Sommaruga bisher jedoch in Abrede stellte. «Dublin zu kritisieren, ist bei gewissen Politikern sehr beliebt», putzte die Justizministerin noch im Juni sämtliche Fragen und Einwände ab. Dafür wolle sie sich im Rahmen des Dublin-Systems für «eine Verteilung der Asylsuchenden» einsetzen. Eine auf den ersten Blick bestechende Idee: Damit Italien aufgrund seiner geografischen Lage nicht die ganze Hauptlast zu tragen hat, sollten die Flüchtlinge auf die Dublin-Staaten verteilt werden.

Der scheinbar gerechte Ansatz entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ziemlich faktenfrei: 2013 wurden in Italien rund 28000 Asylgesuche gestellt, was etwa 470 Gesuchen pro Million Einwohner entspricht. Im ganzen EU-Raum wurden pro Million Einwohner jedoch 860 Gesuche gestellt. Obwohl Italien ein Land an der Schengen-Aussengrenze ist,

kommt es nur auf rund die Hälfte Asylgesuche pro Kopf. In der Schweiz wurden im gleichen Zeitraum rund 2600 Anträge pro Million Einwohner registriert – fünfmal mehr als in Italien. Mit anderen Worten: Bei einem «gerechten» Verteilungsschlüssel, wie ihn die Bundesrätin vorschlug, müsste Italien doppelt so viele Asylverfahren betreuen wie heute und wäre somit wohl kaum an einem Systemwechsel interessiert. Den entsprechenden Hinweis tat Sommaruga noch im Juni als «kleinlich» ab. Inzwischen hat die Justizministerin eine Pirouette vollzogen. Sie spricht jetzt von «gemeinsamen Lösungen» mit anderen europäischen Mitgliedstaaten, «um das Dublin-System zu stabilisieren» und Italien «zu unterstützen».

Im Juni 2013 stimmte die Schweizer Bevölkerung mit 78 Prozent einer Verschärfung des Asylgesetzes zu. Die links-grünen Gegner konnten nicht einmal ihre eigene Klientel mobilisieren. Nach der Annahme sollte unter anderem Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Flüchtlingsgrund anerkannt werden. Die Änderung zielte auf die grosse Gruppe von Eritreern ab, die mit Hilfe von Schlepperorganisationen vorzugsweise in die Schweiz kamen und hier erfolgreich um Asyl nachsuchten.

Wie die *Basler Zeitung* kürzlich aufzeigte, steigt die Zahl der eritreischen Flüchtlinge trotz Volksverdikt. Bis Ende August stellten 4823 Personen aus Eritrea ein Asylgesuch. Mehr

als die Hälfte der Gesuche wird positiv beurteilt (58,3 Prozent). Wesentlich dafür verantwortlich ist eine seit Frühling geänderte Bundesgerichtspraxis, gemäss der faktisch alle in die Schweiz gelangenden Eritreer als Flüchtlinge anerkannt werden müssen, wenn sie ihr Land illegal verlassen haben – was auf fast alle Fälle zutrifft. Ein weiteres Beispiel, wie sich Richter über einen klaren Volkswillen hinwegsetzen, obwohl Artikel 3 des Asylgesetzes neu festhält, dass Wehrdienstverweigerer

Allein Chiasso verzeichnete im letzten Jahr 3998 Gesuche von Asylbewerbern.

und Deserteure keine Flüchtlinge seien, selbst wenn sie «ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden».

Auf Nachfrage erklärt das Bundesamt für Migration, dass Deserteure und Wehrdienstverweigerer in Eritrea ohne Gerichtsverfahren von Militärkommandanten brutal bestraft würden. Da diese Bestrafungen «grundsätzlich aus politischen Gründen» (wegen staatsfeindlicher Haltung) erfolgten, würden diese für die Beurteilung der Flüchtlingseigenschaft relevant. Damit läuft die Praxis auf eine Blanko-Anerkennung heraus, obschon sich die Mehr-

heit von Parlament und Volk 2013 exakt gegen diesen Mechanismus ausgesprochen hat. Vollends grotesk wird die Situation beim Vergleich mit anderen Dublin-Staaten: Dort tauchen Eritreer, wenn überhaupt, erst weit hinten in der Asylstatistik auf. Offensichtlich herrschen hier dehnbare Interpretationen, was relevante Flüchtlingseigenschaften sind und was nicht.

Das hochprofitable Asylschlepperwesen sucht sich gezielt die geeigneten Adressen aus. In der Schweiz wartet ein üppiger Sozialstaat. 87 Prozent der erwerbsfähigen anerkannten Flüchtlinge aus Eritrea gehen keiner Arbeit nach. Die Familie in Hagenbuch ZH, deren Betreuung insgesamt rund 60 000 Franken im Monat ausmacht, ist sicher ein Extrembeispiel. Aber Justizministerin Sommaruga sorgt im Verbund mit den Bundesrichtern dafür, dass jährlich Tausende neue Sozialfälle ins Land geschleust werden: dank eines pervertierten Asylwesens und eines Dublin-Abkommens, das nur noch auf dem Papier besteht. Italien verschlampt gezielt die Registrierung der ankommenden Flüchtlinge und verweigert zusätzlich deren Rückübernahme. Im Monat August konnte die Schweiz gerade einmal 61 Personen in Richtung Rom überstellen – bei total 1635 Dublin-Verfahren mit Italien.

Peter Keller ist Nationalrat der SVP.

Mehr zum Thema: Seite 32



Es gibt nicht den Auftrag.
Es gibt nicht das KMU.

Jedes Unternehmen ist einzigartig. Deshalb bieten wir Ihnen Dienstleistungen, die genau zu Ihnen passen. Wir helfen mit, die Gesundheit Ihrer Mitarbeitenden zu verbessern, Kosten und Absenzen zu reduzieren – und zu verhindern.

Lassen Sie sich von uns beraten per Telefon 058 277 18 00 oder auf www.css.ch/unternehmen. **Ganz persönlich.**

